



Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2024, soweit der Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss zuständig ist

Federführung: Fachbereich Innere Verwaltung

Beteiligungen: Fachbereich Finanzen und Beteiligungen
Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung
Fachbereich Stadtentwicklung

Auskunft erteilt: Herr Sonnenburg | 02521 29-1010 | sonnenburg@beckum.de

Beratungsfolge:

Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss
30.01.2024 Beratung

Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss
27.02.2024 Beratung

Rat der Stadt Beckum
07.03.2024 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die Haushaltsansätze 2024 der in der Anlage 1 zur Vorlage aufgelisteten Produkte mit den jeweiligen Produktkonten sowie die Personal- und Versorgungsaufwendungen und -auszahlungen (insgesamt) werden beschlossen.

Der dem Haushaltsplanentwurf als Anlage beigefügte Stellenplan sowie die übrigen Anlagen zum Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2024 werden beschlossen.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Personal- und Sachkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

Gemäß § 80 Absatz 2 Satz 1 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen legt der Bürgermeister den bestätigten Entwurf der Haushaltssatzung dem Rat vor.

In seiner Sitzung am 19.12.2023 wurde dem Rat der Stadt Beckum der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2024 vorgelegt. Im weiteren Verfahren wird der Haushaltsplanentwurf auf der Basis des Produktplanes im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten in den Sitzungen der Fachausschüsse beraten.

Den Ratsmitgliedern wurde ein Entwurf des Haushaltsplanes 2024 in der Sitzung ausgehändigt. Zudem wurden den Fraktionen zusätzliche Exemplare für die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger für die Beratung zur Verfügung gestellt.

Der Bürgermeister wird durch den Produktplan 2024 mit den einzelnen Produktkonten führen.

Der Vorlage für die Haushaltseinbringung im Rat am 19.12.2024 war bereits eine Auflistung der Produkte mit den Zuständigkeiten für die Beratungen in den Ausschüssen beigefügt. Den Gremienmitgliedern wird dennoch für die Beratung im Ausschuss eine Auflistung der Produkte, soweit der Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss als Fachausschuss zuständig ist und nicht eine Beratung erst in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Digitalausschusses am 27.02.2024 stattfinden kann, zur Verfügung gestellt (siehe Anlage 1 zur Vorlage).

Stellenplan 2024

Der Entwurf zum Stellenplan 2024 ist mit dem Haushaltsplanentwurf übermittelt worden. Er weist für die Beamtinnen und Beamten (einschließlich Leerstellen) insgesamt 98,58 vollzeitverrechnete Stellen und für die Tarifbeschäftigten (einschließlich Leerstellen) insgesamt 243,86 vollzeitverrechnete Stellen aus.

Der Stellenplan enthält auch eine Auflistung, in der die Verteilung der Stellen auf die Produkte dargestellt ist.

Im Vorbericht zum Haushaltsplan ist die Stellensituation wie folgt erläutert:

„Die Gesamtzahl der Stellen für Beamte und Tariflich Beschäftigte für 2024 mit 342,44 steigt im Vergleich zum Jahr 2023 mit 337,18 um insgesamt 5,26 Stellen. Unter anderem ist geplant, 1 Stelle im Fachdienst Zentrale Dienste zur Entfristung des Zeitvertrages für den Digitalisierungsbeauftragten, 2 Stellen im Fachdienst Personal (davon 1 Stelle mit k. w.-Vermerk, der im Jahr 2026 realisiert wird), 0,64 Stellen im Kulturbüro/Museum zur Entfristung eines Zeitvertrages, 2,22 Stellen im Fachdienst Soziale Dienste in der Wohngeldsachbearbeitung (heute bereits besetzt) und 0,91 Stellen im Fachdienst Gebäudemanagement in der Verwaltung und für die Rechnungssachbearbeitung einzurichten. Eingespart werden sollen Stellenanteile in verschiedenen Bereichen. Im Übrigen ergeben sich wie in jedem Jahr Änderungen aufgrund von Organisationsuntersuchungen und weiteren notwendigen Anpassungen, vor allem durch Umwandlung von Stellen vom Beamtenbereich in den Tarifbereich und umgekehrt. Insgesamt ergeben sich Stellenmehrungen von 15,41 Stellen, denen Stellenminderungen von 10,15 Stellen gegenüberstehen.“

In den einzelnen Organisationseinheiten ergeben sich folgende Veränderungen:

Im **Büro des Bürgermeisters** werden 0,36 Stellen im Bereich Social Media eingespart, da diese Aufgaben im Rahmen einer Teilzeitbeschäftigung wahrgenommen werden.

Für den **Fachbereich Innere Verwaltung** sollen 3,13 neue Stellen eingerichtet werden, davon eine mit k. w.-Vermerk.

Im Fachdienst Zentrale Dienste werden aufgrund eines gestiegenen Arbeitsanfalls im Bereich Haushaltswesen/Beschaffungen zusätzliche 0,13 Stellen benötigt. Diese stehen insbesondere im Zusammenhang mit neu hinzugekommenen Sonderaufgaben, wie der Verwaltung weiterer Verwaltungseinheiten und angemieteter Lagerflächen, schaffen aber auch notwendige Redundanzen in anderen Dienstleistungsbereichen.

Im Fachdienst Zentrale Dienste soll darüber hinaus die Stelle des Digitalisierungsbeauftragten entfristet werden. Mit der fortschreitenden Digitalisierung wird sich das Tätigkeitsfeld dieser Stelle mittelfristig verändern. Die Verwaltungsdigitalisierung als solche wird jedoch eine Daueraufgabe bleiben.

Dem soll mit der Einrichtung einer neuen 1,0 Stelle im Stellenplan Rechnung getragen werden. Da die Funktion bereits befristet für die Dauer von 5 Jahren besetzt ist, entstehen durch die dauerhafte Einrichtung im Stellenplan keine zusätzlichen Kosten.

Der Fachdienst Personal soll durch 2,0 neue Stellen gestärkt werden, nur eine davon verbleibt jedoch auf Dauer.

1,0 Stellen sind für die Nachbesetzung der Fachdienstleitung vorgesehen. In der Fachdienstleitung steht ab April 2025 ein ruhestandsbedingter Wechsel an. Die jetzige Stelleninhaberin soll die Nachfolgerin oder den Nachfolger in einem ausreichend langen Übergangszeitraum in das breite Aufgabenspektrum einarbeiten können. Hier ist insbesondere, aber bei Weitem nicht nur, ein Einblick in die über das Haushaltsjahr anfallenden Vor- und Zuarbeiten im Rahmen der Haushaltsplanung und Jahresabschlüsse zu ermöglichen. Um dies zu gewährleisten, soll die Stelle möglichst frühzeitig nach Inkrafttreten des Stellenplans besetzt werden können. Neben der Einarbeitung soll sich die künftige Fachdienstleitung in dieser Zeit mit konzeptionellen Fragen beschäftigen können, um insbesondere die Gewinnung und Bindung von Fachkräften zu verbessern. Die Stelle der jetzigen Fachdienstleitung wird im Gegenzug mit einem k. w.-Vermerk versehen. Das bedeutet, dass die Stelle nach dem Ausscheiden der Stelleninhaberin nicht besetzt werden kann. Die Bereinigung erfolgt mit dem Stellenplan für das Jahr 2026.

Weitere 1,0 Stellen werden benötigt zur Bewältigung des zusätzlichen Arbeitsanfalls, insbesondere in den Bereichen Arbeitsschutz und Stellenbesetzungsverfahren. Der Arbeitsanfall in diesem Bereich ist über die Jahre immer weiter gestiegen. Nicht nur ist die Zahl der Beschäftigten auf mittlerweile fast 550 Beschäftigte angewachsen. Damit einher geht naturgemäß ein höheres Arbeitsaufkommen bei der Einrichtung und Besetzung von Stellen sowie der laufenden Personalsachbearbeitung. Zu verzeichnen ist auch ein gesteigerter Aufwand bei der Neubesetzung von Stellen aufgrund der Arbeitsmarktsituation und der größeren Fluktuation von Beschäftigten. Stellen sind zum Teil wegen fehlender Resonanz oder kurzfristigen Absprünge der Bewerbenden mehrfach auszuschreiben. Der demografische Wandel und die hohe Zahl bevorstehender Ruhestandseintritte in den kommenden Jahren sind ein weiterer Faktor. Schon jetzt kommen pro Jahr mindestens 50 interne oder externe Ausschreibungen zusammen. Um neue Beschäftigte zu gewinnen und die vorhandenen zu halten, ist es zudem erforderlich, die Stadt durch aufwändigere Kontaktpflege sowie effizient und rechtssicher durchgeführte Einstellungsverfahren als gute Arbeitgeberin zu präsentieren. Es wird zudem immer wichtiger, sich im Wettbewerb mit anderen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern durch zusätzliche Angebote attraktiver zu machen. Das gilt angesichts des demografischen Wandels auch für die Verbesserung der Ausbildung und die zunehmend erforderliche Qualifizierung von Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern.

Darüber hinaus ist durch die Begehungen der Unfallkasse das Thema Arbeitsschutz verstärkt in den Fokus geraten. Dessen zentrale Steuerung und Verantwortung obliegt ebenfalls dem Fachdienst Personal. Die hierfür vorgesehenen 0,15 Stellen haben sich als unzureichend erwiesen, um die – nicht zuletzt durch die Unfallkasse formulierten – Anforderungen zu erfüllen. Die neue Stelle wird daher schwerpunktmäßig auch mit diesem Thema betraut sein.

Organisatorische Maßnahmen und Arbeitserleichterungen, etwa durch die in der Digitalisierungsstrategie vorgesehenen Maßnahmen, können den beschriebenen Aufgabenzuwachs nicht allein abfedern. Im Gegenteil stellt beispielsweise die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung durch den zusätzlichen arbeitgeberseitigen Abrufaufwand im Vergleich zu früher eine Mehrbelastung dar. Der vorgeschlagene Stellenzuwachs wird vor diesem Hintergrund als mindestens erforderlich erachtet.

Für den **Fachbereich Finanzen und Beteiligungen** ergibt sich eine Reduzierung um 0,10 Stellen. Diese gilt für die stellvertretende Fachdienstleitung des Fachdienstes Stadtkasse und Steuern aufgrund der dauerhaften Teilzeitbeschäftigung.

Im **Fachbereich Bildung, Kultur und Freizeit** werden im Saldo 0,36 Stellen eingespart.

Aufgrund einer organisatorischen Umverteilung nicht mehr benötigt und daher zu streichen sind 1,0 Stellen, die bislang für den Bereich Ehrungen und Jubiläen eingeplant waren.

Für das Stadtmuseum wird die Museumspädagogik bislang befristet mit einem Umfang von 0,64 Stellen ausgefüllt. Die Stelleninhaberin nimmt darüber hinaus Aufgaben im Bereich der Programmgestaltung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Abwesenheitsvertretung des Museumsleiters wahr. Die Aufgaben haben sich etabliert und sollen dauerhaft vorgehalten werden. Museumspädagogik stellt das Herzstück lebendiger, zielgruppenorientierter Museumsarbeit dar. Museumspädagogik verfolgt die Darstellung, Interpretation und Vermittlung historischer, kulturhistorischer, künstlerischer, technischer und naturwissenschaftlicher Inhalte und Zusammenhänge in Museen und Ausstellungen. Vermittlung ist neben dem Sammeln, Bewahren, Forschen und Ausstellen ein konstitutiver Bestandteil der Museumsarbeit und somit inzwischen unabdingbar. Zudem wird das Museum mit der Museumspädagogik und deren Angeboten ein außerschulischer Lernort. Mit dem Kulturrucksack (offenes Angebot für alle Kinder und Jugendlichen in den Oster-, Sommer- und Herbstferien) werden pro Jahr rund 150 Kinder erreicht. Mit den Kulturstrolchen (gezieltes Jahresangebot für die Beckumer und Neubeckumer Grundschulen) werden pro Jahr rund 1 500 Kinder erreicht. Hinzu kommen individuelle Angebote für die Grundschulen sowie die Standardangebote im Stadtmuseum für Kinder, Jugendliche und Erwachsene.

Die Stellenanteile sollen daher im Stellenplan eingerichtet und die Stelleninhaberin unbefristet beschäftigt werden. Da die Stelle bereits befristet besetzt ist, entstehen durch die dauerhafte Ausweisung zunächst keine zusätzlichen Kosten.

Im **Fachbereich Jugend und Soziales** ergibt sich ein Bedarf von zusätzlichen 2,85 Stellen.

Im Fachdienst Soziale Dienste ist aufgrund der zum Januar 2023 in Kraft getretenen Wohngeldreform wie erwartet eine deutliche Fallzunahme zu verzeichnen. Nach jetzigem Stand haben sich die Antrageingänge gegenüber dem Vorjahreszeitraum etwa verdoppelt. Neben organisatorischen Maßnahmen zur Entlastung und Effizienzsteigerung der Sachbearbeitung ist eine erhebliche Ausweitung des Personals unumgänglich. Der Stellenplanentwurf sieht hierzu 2,22 neue Stellen vor. Wegen der Dringlichkeit wurden davon bereits 2,0 Stellen unterjährig durch eine Umverteilung von Stellenanteilen, die anderenfalls hätten eingespart werden können, zur Verfügung gestellt. Konkret verwendet wurden eine Springerstelle sowie die im Fachbereich Bildung, Kultur und Freizeit verfügbar gewordene Stelle im Bereich Ehrungen und Jubiläen. Die Verwaltung hat dem Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss hierzu in der Sitzung am 20.04.2023 berichtet.

Weitere 0,22 Stellen sind einzurichten für eine Sachbearbeiterin, die bislang den Verwaltungslehrgang besucht und im kommenden Jahr in Vollzeit im Aufgabengebiet eingesetzt werden soll. Auch diese Stellenausweitung wird angesichts der Fallzahlen dauerhaft benötigt. Für die reine Wohngeldsachbearbeitung stehen damit rechnerisch im Soll 5,79 Stellen zur Verfügung. Die Entwicklung der Verfahrenszahlen und die daraus resultierenden Stellenbedarfe und Maßnahmen werden laufend überprüft und gegebenenfalls angepasst. Eine Gegenfinanzierung dieses durch Bundesrecht veranlassten Mehraufwands erfolgt leider nicht.

Im Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe werden 0,50 Stellen für die wirtschaftliche Jugendhilfe eingerichtet. Die Ausweitung korrespondiert mit dem allgemeinen Aufgabenzuwachs im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, dem im Stellenplan 2023 zunächst mit einer Stellenausweitung im Bereich des allgemeinen sozialen Dienstes Rechnung getragen wurde. Die wirtschaftliche Jugendhilfe stellt die finanziellen Mittel für den festgestellten Hilfebedarf bereit und steuert die verwaltungstechnischen Abläufe im Rahmen der Hilfestellung fachlich und rechtmäßig. Ihr obliegt zudem die Prüfung der örtlichen und sachlichen Zuständigkeiten sowie von Kostenerstattungsansprüchen gegenüber anderen Kommunen und Behörden. Eine ausreichende personelle Ausstattung der wirtschaftlichen Jugendhilfe trägt daher maßgeblich dazu bei, den steigenden finanziellen Aufwand für die Kinder- und Jugendhilfe auf das notwendige Maß zu begrenzen.

Im Fachdienst Kinder-, Jugend- und Familienförderung ergibt sich ferner eine Ausweitung um 0,13 Stellen im Bereich Verwaltungsangelegenheiten/Spielplätze, da die Stelleninhaberin teilweise aus der Teilzeitbeschäftigung zurückkehrt.

Im **Fachbereich Stadtentwicklung** werden im Fachdienst Bauordnung Stellenanteile von insgesamt 0,18 Stellen in der Baulastverwaltung entfristet, da sich der Bedarf als dauerhaft herausgestellt hat.

Im **Fachbereich Umwelt und Bauen** sind insgesamt 0,92 zusätzliche Stellen vorgesehen.

Dem Fachdienst Gebäudemanagement kommt bei der Abwicklung der geplanten Neubauten wie auch der Bestandssicherung der städtischen Gebäude eine große Bedeutung zu. Der Personalbedarf wurde jüngst in einer Organisationsuntersuchung ermittelt. Demnach soll ein zusätzlicher Stellenanteil von 0,50 Stellen im Bereich der Rechnungssachbearbeitung die Ingenieurinnen und Ingenieure von Verwaltungsaufgaben entlasten, so dass sie sich verstärkt ihren eigentlichen Aufgaben widmen können. Mit Blick auf die geplanten umfangreichen Neubauprojekte, insbesondere den Bau der Feuer- und Rettungswache in Beckum, wird zudem eine weitere Stelle für eine Ingenieurin beziehungsweise einen Ingenieur geschaffen. Diese wird dadurch realisiert, dass der k. w.-Vermerk an der bereits mit 0,59 Stellenanteilen ausgewiesenen Stelle 65/090 aufgehoben und diese um einen zusätzlichen Stellenanteil von 0,41 Stellen ergänzt wird.

Im Fachdienst Umwelt und Grün wird aufgrund eines gestiegenen Bedarfs im Bereich der Gewässerentwicklung ein zusätzlicher Stellenanteil von 0,01 Stellen geschaffen. Die zahlreichen Projekte in diesem Aufgabenbereich werden mit Fremdmitteln gefördert, so dass auch die Personalkosten hier zum Teil refinanziert sind; dies vor allem dann, wenn Ausgleichsflächen betroffen sind, die später Dritten angeboten werden.

Im Übrigen sind die Veränderungen der Stellenzahlen im Vergleich der Jahre 2023 zu 2024 im Einzelnen zusammengefasst in der Anlage 2 zur Vorlage dargestellt. Hier handelt es sich vorwiegend um Umwandlungen von Stellen vom Beamtenbereich in den Tarifbereich und umgekehrt.

Anzumerken ist, dass von den Organisationseinheiten in den verwaltungsinternen Vorbereitungen noch deutlich mehr plausibel begründete Stellenbedarfe vorgebracht worden waren. Diese wurden jedoch in der Abwägung mit Blick auf die schwierige Haushaltslage zurückgestellt. Die den Ratsmitgliedern vorgeschlagene Aufstockung um 5,26 Stellen ist aus Sicht der Verwaltung aus den oben genannten Gründen mindestens erforderlich, um die ihr übertragenen Aufgaben auf Dauer bewältigen zu können.

Anlage(n):

- 1 Auflistung der Produkte
- 2 Auflistung der Stellenveränderungen 2024 gegenüber 2023